



Verband der Solidarität freier Wohlfahrtsorganisationen e.V.

Info-Brief Dezember 2020

EU Informationen

Erasmus+ 2021-2027 - Budget fast verdoppelt

Rat und Europäisches Parlament haben sich am 11. Dezember 2020 über die Ausgestaltung des Programms Erasmus+ 2021-27 geeinigt.

Das künftige Budget für Erasmus+ umfasst 24,57 Mrd. € sowie Zusatzmittel in Höhe von 1,7 Mrd. €, insgesamt also deutlich über 26 Mrd.€. Berücksichtigt man, dass das Vereinigte Königreich im Unterschied zum Zeitraum 2014-2020 nicht von den Mitteln profitieren wird, liegt der Gesamtbetrag nur noch wenig unter einer Verdoppelung des Programmbudgets. Das künftige Programm soll inklusiver werden, hierfür sind erhöhte Fördermittel sowie Inklusionspläne vorgesehen, die von den Nationalen Agenturen zu entwickeln sind. Auch die Lernmobilität in der allgemeinen Erwachsenenbildung zählt nunmehr zu den förderfähigen Aktivitäten des Programms.

Details zur zukünftigen Ausgestaltung des Programms Erasmus+ ab 2021 in den Bereichen Berufsbildung und Erwachsenenbildung lesen sie auf der [NA-BIBB-Internetseite](#)

ESIIF - Neuer Europäischer Fonds für soziale Innovation

Soziale Unternehmen können bestimmte Vorhaben künftig über Bürgschaften des neuen Europäischen Fonds für soziale Innovationen (ESIIF) leichter über Kredite absichern. Der Fonds unterstützt Vorhaben, die drängende Probleme in den Bereichen Bildung, Ernährung, Gesundheit und soziale Dienste lösen sollen.

In seiner ersten Finanzierungsrunde hat der Fonds bereits 4,5 Mio. Euro Kapital aufgenommen, bis Ende 2020 werden die ersten Darlehen an soziale Unternehmen vergeben. Durch die Verbindung von Investoren mit sozialen Unternehmen wird der Fonds die Finanzierungslücken schließen, mit denen soziale Unternehmen häufig konfrontiert sind.

Weitere Informationen lesen Sie auf den [Internetseiten](#) der EU-Vertretung in Deutschland.

Corona-Pandemie und die Berufsausbildung in KMU - Ergebnisse der JOBSTARTER plus-Umfrage

Wie wirkt sich die Corona-Pandemie auf die Ausbildung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) aus? Das wollte das ESF-Programm "JOBSTARTER plus" herausfinden und führte mit Hilfe der geförderten Projekte von Mai bis Juli 2020 eine bundesweite Umfrage unter 844 Betrieben durch.

[Weiterlesen](#) in der Pressemitteilung vom 16.12.2020 auf der ESF-Internetseite des BMAS

Evaluierungen der EU-Kommission zur ESF-Programmumsetzung

Die EU-Kommission führt verschiedene Evaluierungen zur ESF-Programmumsetzung durch. Dabei werden die Wirksamkeit, Effizienz, Relevanz und der EU-Mehrwert, einschließlich der Nachhaltigkeit der aus dem Europäischen Sozialfonds im Zeitraum 2014-2018 finanzierten Tätigkeiten, bewertet. Die Evaluierungen erstrecken sich auf alle Mitgliedstaaten in diesem Zeitraum (d.h. einschließlich des Vereinigten Königreichs) und befassen sich auch mit der Frage, in welchem Verhältnis die Programme zu anderen einschlägigen Initiativen stehen und wie sie diese ergänzen.

[Weiterlesen](#) in der Pressemitteilung vom 16.12.2020 auf der ESF-Internetseite des BMAS

Die Förderung im Bundesprogramm "Ausbildungsplätze sichern" wird ausgeweitet

Die Bundesregierung erleichtert die Förderung von Ausbildungsplätzen während der Corona-Pandemie nun deutlich.

Am 11.12.2020 wurde die [Änderung der ersten Förderrichtlinie zur Umsetzung des Bundesprogramms "Ausbildungsplätze sichern"](#) im Bundesanzeiger veröffentlicht, deren zentrale Neuerung die Herabsetzung der Kriterien betrifft, nach denen die besondere Corona-Betroffenheit eines Betriebs bemessen wird.

Alle Änderungen zusammengefasst in der [BMAS Pressemitteilung vom 10.12.2020](#), der [BMW i Meldung vom 11.12.2020](#) und auf der [Webseite der IHK Mittleres Ruhrgebiet](#)

Neue Ausschreibung: "digital.engagiert"

Zivilgesellschaftliche Projektteams, Vereine, Bürgerinitiativen oder NGOs können sich noch bis zum 17. Januar 2021 bei "digital.engagiert" bewerben, um sich persönliches Coaching, Netzwerk-Zugang und finanzielle Förderung zu sichern. Die Förderinitiative von Amazon und Stifterverband unterstützt seit 2018 junge Teams, die sich mit digitalen Ansätzen für die Gesellschaft engagieren. Aus allen eingereichten Bewerbungen wählt eine Jury zwölf Projekte aus, die dann ein halbes Jahr unterstützt und begleitet werden, von den ersten Planungen bis zur Umsetzung ihrer Projektidee. Ausgewählte Projekte erhalten bis zu 10.000 Euro Förderung. Bewerbungen können ausschließlich online eingereicht werden.

[Weitere Informationen](#)

Förderung der beruflichen Weiterbildung: Entwicklung der Ausgaben bis November 2020 (SGB II)

Das Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (BIAJ) berichtet aktuell, dass in den 12 Monaten von Dezember 2019 bis November 2020 von den 302 Jobcentern gE ("gemeinsame Einrichtungen" der Bundesagentur für Arbeit (BA) und der Kommunen) gemäß der Abrechnungsergebnisse der BA nur noch 493 Millionen Euro für die "Förderung der beruflichen Weiterbildung" (FbW -SGB II) ausgegeben wurden. (ohne die 104 Jobcenter zkt – "zugelassene kommunale Träger").

Im vergangenen Haushaltsjahr 2019 wurden von den Jobcentern gE noch insgesamt 565,5 Millionen Euro für die "Förderung der beruflichen Weiterbildung" ausgegeben und in den 12 Monaten von April 2019 bis März 2020 insgesamt 567,9 Millionen Euro. Das heißt, in den acht Monaten nach März 2020 wurden im Rechtskreis SGB II (Hartz IV) 74,9 Millionen Euro weniger für die "Förderung der beruflichen Weiterbildung" ausgegeben als im entsprechenden Vorjahreszeitraum...[Weiterlesen](#)

"hib" und "DIP" – Meldungen Dezember 2020 – In chronologischer Reihenfolge

Grenzen des Trends zu höherer Bildung (*Drucksache-DS:19/24780 – Nationaler Bildungsbericht – Bildung in Deutschland 2020 und Stellungnahme der Bundesregierung*)
Der Report "Nationaler Bildungsbericht - Bildung in Deutschland 2020", der einen Überblick über das gesamte Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland von der frühen Bildung über schulische, hochschulische und berufliche Bildung bis zur Weiterbildung von Erwachsenen gibt, liegt zum achten Mal vor. Schwerpunktkapitel des Berichts, der als Unterrichtung ([19/24780](#)) vorliegt, ist das Thema "Bildung in einer digitalisierten Welt". Der Bericht erscheint alle zwei Jahre und wird von einer unabhängigen wissenschaftlichen Autorengruppe erstellt. Die Autoren zeigen auf, dass die Bildungsausgaben seit 2010 kontinuierlich steigen und 2018 bei rund 218,3 Milliarden Euro gelegen haben. Allerdings verbleibe ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) seit 2014 auf relativ konstantem Niveau von circa 6,5 Prozent... [Weiterlesen](#) in der *hib-Meldung 1355 vom 07.12.2020*

Rund 840 Euro bei voller Erwerbsminderung (*Drucksache-DS:19/24780 – Rentenversicherungsbericht 2020 und Gutachten des Sozialbeirats*)

Am 1. Juli 2019 haben Männer durchschnittlich 1.187 Euro Rente von der gesetzlichen Rentenversicherung bekommen. Bei den Frauen hat der durchschnittliche monatliche Zahl-

betrag für Altersrenten bei 764 Euro gelegen. Diese Zahlen sind Bestandteil des Rentenversicherungsberichts 2020, der nun als Unterrichtung ([19/24925](#)) durch die Bundesregierung vorliegt. Demnach lag die durchschnittliche monatliche Rente bei voller Erwerbsminderung bei 837 Euro (Männer) beziehungsweise bei 855 Euro (Frauen).

Aus der Unterrichtung geht auch hervor, dass im Jahr 2020 die gesamten Beitragseinnahmen der allgemeinen Rentenversicherung bis September gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um rund 1,9 Prozent gestiegen sind. Für das Jahresende 2020 wird eine Nachhaltigkeitsrücklage von rund 36,3 Milliarden Euro geschätzt. Dies entspricht 1,5 Monatsausgaben. Die Bundesregierung geht davon aus, dass die Renten bis zum Jahr 2034 um durchschnittlich zwei Prozent pro Jahr steigen werden. Sie betont aber auch, dass die Annahmen zur mittelfristigen wirtschaftlichen Entwicklung, die dem Rentenversicherungsbericht zugrunde liegen, wegen der Auswirkungen der COVID-19 Pandemie von erheblicher Unsicherheit geprägt seien.

Quelle: hib-Meldung 1365 vom 09.12.2020

Corona-Pauschale für Homeoffice beschlossen (*Drucksache-DS:19/22850 – Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2020 (Jahressteuergesetz 2020 – JStG 2020)*)

Wer im Homeoffice arbeitet, kann mit steuerlichen Erleichterungen rechnen. Der Finanzausschuss beschloss am Mittwoch auf Antrag der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD eine Ergänzung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Jahressteuergesetzes ([19/22850](#)). Danach können Steuerpflichtige für jeden Kalendertag, an dem sie ausschließlich in der häuslichen Wohnung arbeiten, einen Betrag von fünf Euro geltend machen. Wie es in der Begründung des Änderungsantrages heißt, kann die Pauschale in den Fällen in Anspruch genommen werden, wenn die Voraussetzungen für den Abzug von Kosten für ein häusliches Arbeitszimmer nicht vorliegen. "Erfüllt der häusliche Arbeitsplatz des Steuerpflichtigen nicht die Voraussetzungen für den Abzug von Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer, kann der Steuerpflichtige einen pauschalen Betrag von fünf Euro für jeden Kalendertag abziehen, an dem er seine gesamte betriebliche oder berufliche Tätigkeit ausschließlich in der häuslichen Wohnung ausübt", heißt es in dem Änderungsantrag. Gewährt wird die Pauschale nur für Tage, an denen die Tätigkeit ausschließlich in der häuslichen Wohnung ausübt wird. Sie ist auf einen Höchstbetrag von 600 Euro im Jahr begrenzt und soll in den Jahren 2020 und 2021 gewährt werden. Die Steuermindereinnahmen sollen bei 900 Millionen Euro liegen...

[Weiterlesen](#) in der *hib-Meldung 1370 vom 10.12.2020*

Migrationsbericht 2019 vorgelegt (*Drucksache-DS:19/25100 – Migrationsbericht 2019*)

Im vergangenen Jahr sind 327.060 mehr Menschen nach Deutschland zugezogen als aus der Bundesrepublik weggezogen. Damit ging die Nettozuwanderung das vierte Jahr in Folge zurück, wie aus dem als Unterrichtung durch die Bundesregierung vorliegenden "Migrationsbericht 2019" ([19/25100](#)) weiter hervorgeht. Danach sank die Zuwanderung nach Deutschland 2019 im Vergleich zum Vorjahr den Angaben zufolge um 1,7 Prozent, während die Abwanderung um 3,9 Prozent anstieg. Im Jahr 2018 betrug das Wanderungssaldo laut Vorlage noch plus 399.680.

Dem Bericht zufolge ist das Migrationsgeschehen in Deutschland vor allem durch Zuwanderung aus beziehungsweise Abwanderung in andere europäische Staaten gekennzeichnet. So seien im vergangenen Jahr 66,4 Prozent aller Zugewanderten aus einem anderen europäischen Land gekommen, davon 51,1 Prozent aus Staaten der EU und 15,3 Prozent aus sonstigen europäischen Staaten.

[Weiterlesen](#) in der *hib-Meldung 1386 vom 15.12.2020*

Arbeitsrecht

Fristlose Kündigung: Vorherige Abmahnung ist notwendig

Ein Arbeitgeber muss regelmäßig erst einmal abmahnen, bevor er das Arbeitsverhältnis

fristlos kündigen kann. Dies gilt insbesondere, wenn der betroffene Arbeitnehmer nur einmal unentschuldig gefehlt hat und zwar auch dann, wenn dies bereits am dritten Arbeitstag passiert.

Landesarbeitsgericht Schleswig-Holstein, [Urteil vom 3. Juni 2020 – 1 Sa 72/20](#)

Arbeitgeber hat Auskunftsanspruch nach Kündigung

Hat der Arbeitnehmer Klage gegen eine Kündigung erhoben, so muss er sich nach Ablauf des Beendigungstermins um einen neuen Job bemühen. Wenn das Gericht später feststellt, dass die Kündigung unwirksam war, hat zwar der Arbeitnehmer Anspruch auf Vergütung aus Annahmeverzug. Der bisherige Arbeitgeber kann jedoch Auskunft über unterbreitete Vermittlungsvorschläge der Agentur für Arbeit oder des Jobcenters verlangen. Denn der Arbeitnehmer muss sich anrechnen lassen, was er in der Zwischenzeit verdient oder böswillig versäumt hat zu verdienen.

Bundesarbeitsgericht, [Urteil vom 27. Mai 2020 – 5 AZR 387/19](#)

Aktuelles aus dem Internet

Was ändert sich 2021?

2021 gibt es viele Änderungen, die Arbeitnehmer/innen, Versicherte und Leistungsempfänger/-Innen betreffen und mehr Geld im Portemonnaie bedeuten: der gesetzliche Mindestlohn steigt, ebenso beispielsweise die Regelsätze bei ALG II und das Kindergeld. Der Soli fällt für viele weg. Die zahlreichen Neuerungen 2021 hat der DGB [aufgelistet](#).

Erhöhung der Behinderten-Pauschbeträge

Der Bundestag hat am 29. Oktober 2020 das Gesetz zur Erhöhung der Behinderten-Pauschbeträge und zur Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen ([Behinderten-Pauschbetragsgesetz](#)) verabschiedet. Die Behinderten-Pauschbeträge werden in Abhängigkeit vom Grad der Behinderung (GdB) geregelt. Mit dem verabschiedeten Gesetz werden sie in § 33b Abs. 3 Satz 2 EStG nun ab dem Veranlagungszeitraum 2021 verdoppelt und auch der Kreis der Berechtigten wird erweitert...

[Weiterlesen](#) auf der ver.di Webseite

Corona als Berufskrankheit? Bei der Arbeit an COVID-19 erkrankt

Wer sich bei der Arbeit mit dem neuartigen Corona-Virus SARS-CoV-2 infiziert, beziehungsweise an COVID-19 erkrankt, sollte dies bei dem zuständigen Unfallversicherungsträger als Arbeits-, oder Wegeunfall, beziehungsweise Berufskrankheit anzeigen empfiehlt der [DGB](#). Die Leistungen sind hier deutlich besser als bei der gesetzlichen Krankenversicherung. Das ist vor allem wichtig, weil bislang wenig über Spätfolgen bekannt ist.

Ausbildungsplätze: Sozialpartner appellieren an Unternehmen und junge Menschen

Anlässlich der aktuell vom Bundesinstitut für Berufsbildung vorgelegten Bilanz für das Ausbildungsjahr 2020 appellieren Arbeitgeberpräsident Rainer Dulger und der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann gemeinsam an Unternehmen, Ausbildungsplätze anzubieten, und an junge Menschen, sich auf Ausbildungsplätze zu bewerben.

[Weiterlesen](#) im DGB Newsletter "Bildung Aktuell" vom 15.12.2020

Mindestlohn - Besser einhalten als erhöhen

Der Mindestlohn steigt bis Juli 2022 in mehreren Stufen von 9,35 Euro auf 10,45 Euro und ist dann gut 6 Prozent höher als bei regelbasierter Anpassung. Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) hat errechnet, wie stark diese Erhöhung die Einkommensarmut senken könnte und was der von vielen geforderte Sprung auf 12 Euro bedeuten würde.

Das Ergebnis: besser ein Mindestlohn, der bezahlbar ist und eingehalten wird, als ein höherer Mindestlohn, der umgangen wird.

[Weiterlesen](#) im IW-Kurzbericht 125

Evaluation gesetzlicher Mindestlohn

Zum 1. Januar 2015 wurde der allgemeine gesetzliche Mindestlohn in Deutschland eingeführt. Damals lag er bei 8,50 Euro, zum 1.1.2021 steigt er auf 9,50 Euro brutto pro Zeitsunde. Wie gesetzlich vorgeschrieben wird das Mindestlohngesetz im Jahr 2020 evaluiert. Die zentralen Fragen: Was hat der Mindestlohn bislang gebracht? Und wo gibt es Veränderungsbedarf? Dazu hat der DGB jetzt einen 18 seitigen Bericht mit [Vorschlägen zur Evaluation des Mindestlohngesetzes](#) vorgelegt.

2,7 Milliarden Euro für Teilhabe am Arbeitsleben von Menschen mit Behinderungen

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) hat für das kommende Jahr rund 2,7 Milliarden Euro in den Haushalt eingestellt, um die [Teilhabe am Arbeitsleben für Menschen mit Behinderungen](#) zu fördern. Das sind 40 Millionen Euro mehr als in diesem Jahr.

Inklusionsvereinbarung: Neue REHADAT-App unterstützt Unternehmen

In einer Inklusionsvereinbarung vereinbaren Arbeitgeber, Betriebsrat und Schwerbehindertenvertretung Ziele und Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungssituation von Menschen mit Schwerbehinderung in ihrem Unternehmen.

Mit der neuen REHADAT [Inklusionsvereinbarungs-App](#) können sich Unternehmen ein Dokument als Gerüst für ihre individuelle Vereinbarung erstellen.

Corona-Krise: Rückschritte für Inklusion auf dem Arbeitsmarkt

Auswirkungen der Corona-Pandemie auf dem Arbeitsmarkt seien für Menschen mit Behinderung besonders gravierend, warnt die Aktion Mensch. Allein im Oktober dieses Jahres waren 13 % mehr Menschen mit Schwerbehinderung arbeitslos als im Vorjahresmonat. Damit sind derzeit 173.709 Menschen mit Behinderung ohne Arbeit – der höchste Wert seit 2016. Das geht aus dem aktuellen [Inklusionsbarometer Arbeit](#) der Aktion Mensch und des Handelsblatt Research Institutes hervor.

Veröffentlichungen

IAB-Stellungnahme 12/2020: **Wirtschaftlicher Wandel, Personalpolitik und betriebliche Bildung in der Corona-Krise**

Zur Vorbereitung des Jahresgutachtens 2020/2021 des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung wurde das IAB um seine Expertise zu den Auswirkungen der Corona-Krise auf Aus- und Weiterbildung und die Wirtschafts- und Beschäftigungsstruktur sowie Handlungsbedarfe zur Verhinderung möglicher Hysterese-Effekte sowie Änderungen der betrieblichen Personalpolitik gebeten.

Die Erkenntnisse, die das IAB im Herbst 2020 hierzu vorgelegt hat, werden in der [vorliegenden Stellungnahme](#) zusammengefasst.

IAB-Forschungsbericht 17/2020: **Implementationsanalyse des Modellprojekts zur Förderung geringqualifizierter Jugendlicher und Erwachsener – Abschlussbericht**

Der [Forschungsbericht](#) umfasst die Ergebnisse der Implementationsanalyse des "Modellprojekts zur Förderung geringqualifizierter Jugendlicher und Erwachsener" in Nordrhein-Westfalen, die vom Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales und der Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen der Bundesagentur für Arbeit initiiert und im Zeitraum von Dezember 2016 bis November 2020 dezentral an neun Standorten umgesetzt wurden. Das Programm richtete sich an Personen zwischen 21 und 45 Jahren mit Schulabschluss.

IAB-Forschungsbericht 16/2020: **Entwicklung von Erwerbstätigkeit, Arbeitszeit und Arbeitsvolumen nach Geschlecht**

Dieser [Forschungsbericht](#) stellt Grundlagen, methodische Weiterentwicklungen sowie ausgewählte Ergebnisse der IAB-Arbeitszeitrechnung nach Alter und Geschlecht (AZR AG)

für den Zeitraum 1991 bis 2019 vor. Seit nunmehr fast 20 Jahren berichtet das IAB regelmäßig über die Entwicklung der Erwerbstätigkeit sowie der geleisteten Stunden von Frauen und Männern in Deutschland auf Basis der AZR AG. Diese Datenbasis gibt anhand der Indikatoren "Frauenanteile an der Beschäftigung und am Arbeitsvolumen", sowie der daraus resultierenden "Arbeitszeitlücke" Aufschluss über die Verteilung der Ressource Arbeit zwischen den Geschlechtern. Darüber hinaus trägt die AZR AG dazu bei, Fragen zur unterschiedlichen Entwicklung der Erwerbsbeteiligung sowie der Arbeitszeitstrukturen von Frauen und Männern – auch altersspezifisch – zu beantworten.

IAB-Kurzbericht 24/2020: Geförderte Weiterbildung Beschäftigter: Trotz erweiterter Möglichkeiten noch ausbaufähig

Das Qualifizierungschancengesetz hat nach seiner Einführung 2019 insgesamt nicht zu einem deutlichen Sprung bei der Zahl der geförderten Weiterbildungen von Beschäftigten geführt, geht unter anderem aus einer [Studie des IAB](#) hervor. Der Anstieg bei den Weiterbildungen mit Zuschüssen zu den Lehrgangskosten war 2019 in etwa so hoch wie der in den Vorjahren. Einen deutlichen Anstieg gab es 2019 aber bei den Förderungen mit einem Arbeitsentgeltzuschuss. Hier wurden doppelt so viele Weiterbildungen gefördert wie im Vorjahr. [Grafik](#) zu dem Kurzbericht 24/2020

IAB-Kurzbericht 25/2020: Migrantinnen und Migranten am deutschen Arbeitsmarkt: Qualität der Arbeitsplätze als wichtiger Gradmesser einer gelungenen Integration

Die Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Migrationshintergrund ist ein wichtiges Thema im öffentlichen Diskurs in Deutschland. Ob und wie schnell Zugewanderte und deren Nachkommen am Arbeitsmarkt Fuß fassen, ist maßgeblich für ihre gesellschaftliche Integration und ihre Chancen auf soziale und wirtschaftliche Teilhabe. Eine besonders wichtige Rolle spielt dabei die Qualität der Arbeitsplätze, die hier für abhängig Beschäftigte mit und ohne Migrationshintergrund vergleichend untersucht wird. Die [IAB-Studie](#) zeigt, dass sich Zugewanderte bezüglich der Arbeitsplatzqualität deutlich unterscheiden von Beschäftigten ohne Migrationshintergrund, insbesondere in den ersten Jahren nach dem Zuzug. Untersucht werden objektive und subjektive Faktoren wie Einkommen, berufliche Stellung, intrinsische Arbeitsqualität, psychosoziale und physische Belastungen oder Arbeitsplatzsicherheit. Die Befunde deuten darauf hin, dass die Arbeitsqualität mit der Aufenthaltsdauer und über Generationen hinweg steigt.

Elf Prozent weniger Ausbildungsverträge in 2020

Nach Analysen des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) zur Entwicklung des Ausbildungsmarktes im Jahr 2020 sank das Ausbildungsangebot 2020 im Vergleich zum Vorjahr um 50.700 Plätze beziehungsweise 8,8 % auf 527.400, und die Zahl der jungen Menschen, die eine Ausbildungsstelle nachfragten, verringerte sich um 53.000 beziehungsweise 8,9 % auf 545.700...

[Weiterlesen](#) in der BIBB Pressemitteilung 41/2020 vom 15.12.2020

IW-Studie: Digitalisierung der Ausbildung

Mit der Digitalisierung steigen die Anforderungen an die Kompetenzen. 78,8 Prozent der deutschen Unternehmen rechnen damit, dass der digitale Wandel die Tätigkeiten verändert, sodass Mitarbeitende neue Kompetenzen hinzugewinnen müssen. Dennoch ermitteln nur 38,9 Prozent der Unternehmen die Qualifizierungsbedarfe in ihrem Unternehmen systematisch. Der betrieblichen Qualifizierung durch Aus- und Weiterbildung kommt jedoch eine Schlüsselrolle zu, wenn Fachkräfte auf die Anforderungen der Arbeit in einer digitalisierten Umwelt vorbereitet werden müssen, schreibt das Institut der deutschen Wirtschaft (IW).

[Zusammenfassung](#) und Download der IW Studie

Große Reform des Gemeinnützigkeitsrechts

Mit großer Aufmerksamkeit blicken Wohlfahrtsorganisationen, Vereine, Stiftungen und Zivilgesellschaft in diesen Wochen nach Berlin. Im Bundestag steht die Verabschiedung einer

umfassenden Reform des Gemeinnützigkeitsrechts an. Hinter den Kulissen wird noch heftig um zwei Kardinalpunkte gerungen: Wie steht es um den formal vereinfachten Ausstieg aus der Gemeinnützigkeit und wie politisch dürfen gemeinnützige Organisationen agieren? Im [BFS-Trendinfo 12/20](#) werden die wichtigsten Punkte der geplanten Änderung vorgestellt.

Führung im Homeoffice – Wandel der Führungsrolle und neue Herausforderungen

Wie können Unternehmen Homeoffice erfolgreich einführen oder ausweiten? Das gelingt nur, wenn Führungskräfte in diesem Veränderungsprozess mitgenommen werden und Führung aktiv an die neue Situation angepasst wird. Dafür gilt es zu verstehen, wie sich Führung auf Distanz verändert und was dies für die Zusammenarbeit und die Arbeitskultur bedeutet. Die neue Offenheit für flexible Arbeitsformen verlangt eine Neujustierung der Führungsrolle, konstatiert ein Beitrag der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV)

[Zusammenfassung](#) und Download im [BFS-Trendinfo 12/20](#)

DGB-Index Gute Arbeit: Homeoffice und mobile Arbeit

Die Corona-Pandemie hat bei mobiler Arbeit das Homeoffice in den Fokus gerückt. Der Report 2020 des DGB-Index Gute Arbeit zeigt: Einerseits haben Beschäftigte in mobiler Arbeit mehr eigene Gestaltungsmöglichkeiten, andererseits sind sie auch höheren Belastungen ausgesetzt.

[Weiterlesen](#) im DGB Newsletter "einblick" vom 09.12.2020

DGB Positionspapier "Mobiles Arbeiten und Homeoffice"

Die Digitalisierung eröffnet den Beschäftigten neue Möglichkeiten für mehr Arbeitszeit- und Arbeitsortsoveränität - nicht erst seit Corona. Doch der aktuelle Gesetzentwurf zum Homeoffice droht nach Verwässerungen durch das Kanzleramt zu einer großen Enttäuschung zu werden. Er braucht ein deutliches Upgrade im Sinne der Beschäftigten meint der DGB in seinem [Positionspapier des DGB für einen gesetzlichen Ordnungsrahmen für selbstbestimmtes mobiles Arbeiten inklusive Homeoffice](#)

Gender Pay Gap: Frauen bekommen immer noch 19 Prozent weniger als Männer

Aktuelle Zahlen des Statistischen Bundesamtes zeigen das es zwischen Frauen und Männern im vergangenen Jahr immer noch einen Verdienstunterschied von 19 Prozent ("Gender Pay Gap") gab. Damit ist Deutschland weiterhin eines der Länder mit der höchsten Entgeltlücke innerhalb der EU. [Weiterlesen](#) im DGB Newsletter "einblick" vom 09.12.2020

Digitalisierungsprozesse geschlechtergerecht gestalten!

Digitalisierungsprozesse wirken sich auf Beschäftigte in unterschiedlicher Weise aus und sind nicht per se diskriminierungsfrei.

Das vorliegende [G.I.B.-Arbeitspapier](#) zeigt, warum und wie die Einführung digitaler Technologien in die Arbeitswelt Gruppen von Beschäftigten unterschiedlich betrifft, und macht Vorschläge, wie dies verhindert werden kann. Im Fokus steht hier die Geschlechterperspektive, an vielen Stellen lassen sich die Befunde aber auch für andere Unterscheidungsmerkmale von Beschäftigten nutzen.

Teilhaberbericht des Paritätischen zur Situation von Menschen mit Behinderung

Laut aktuellem [Teilhaberbericht](#) des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes bestehen in fast allen Lebensbereichen weiterhin erhebliche Barrieren für Menschen mit Behinderung, so dass von gleichberechtigter Teilhabe keine Rede sein kann.

Digitalisierung – Mehr Vorteile als Nachteile für Menschen mit Behinderung

Für die Teilhabe von Menschen mit Behinderung bringt die Digitalisierung deutlich mehr Chancen als Risiken. Diese Einschätzung ergibt sich durch eine [Studie](#), bei der das Sinus-Institut im Auftrag der Aktion Mensch eine Trendanalyse vornahm und Interviews mit Experten/-innen sowie Menschen mit Behinderung durchführte. Aufgrund der vielfältigen Möglich-

keiten digitaler Technologien erleben die Befragten Digitalisierung als ein Mittel, das Teilhabe ermöglicht und ergänzt.

Arbeitshilfe zur Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung

Die Neuregelungen der Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung sollten für mehr Rechtssicherheit sorgen. Tatsächlich bestehen aber weiterhin Hürden. Eine [Arbeitshilfe](#) des Paritätischen Wohlfahrtsverbands soll dazu dienen, die Duldung in der Praxis besser handhabbar zu machen und ihren Anwendungsbereich so weit wie möglich zu vergrößern.

Praxishandbuch für das Verfahren nach dem Sozialgerichtsgesetz

Die Bundesagentur für Arbeit hat ein neues Praxishandbuch für das Verfahren nach dem Sozialgerichtsgesetz herausgegeben.

Dieses [Praxishandbuch](#) behandelt das Rechtsbehelfsverfahren im Rechtskreis SGB II. Die Rechtsbehelfsverfahren unterteilen sich in Widerspruchsverfahren (Vorverfahren), Klageverfahren und die Rechtsmittel der Berufung und Revision. Das Praxishandbuch bietet Empfehlungen zur Durchführung der Rechtsbehelfsverfahren und dient der Unterstützung bei operativen Fragen.

Quelle: Thomé Newsletter 43/2020

Veranstaltungen

Let's talk about Intersektionalität

Intersektionalität lässt sich als Mehrfachdiskriminierung übersetzen und bezeichnet die Überschneidung von verschiedenen Diskriminierungsformen. Die FUMA Fachstelle Gender & Diversität NRW veranstaltet ein Web-Seminar, in dem pädagogische Fachkräfte den intersektionalen Ansatz und seine Bedeutung für ihren pädagogischen Alltag kennenlernen können.

Termin und Ort: 19. Januar 2021 – Web-Seminar. Anmeldung bis zum 15.01.2021. Die Teilnahmegebühr beträgt 10 Euro.

[Informationen und Anmeldung](#)

BMBF-Roadshow "Digitale Medien im Ausbildungsalltag"

Im Projekt "BLok" ist ein Online-Berichtsheft entstanden, das allen Akteuren der dualen Ausbildung zugänglich ist und die klassische Papierform nicht nur digitalisiert, sondern funktional erweitert hat. In einem Web-Seminar können sich Interessierte über das Tool informieren. Die einzelnen Funktionen werden anschaulich vorgestellt.

Termin und Ort: 21. Januar 2021 – Web-Seminar. Keine Teilnahmegebühren.

[Informationen und Anmeldung](#)

Girls'Day 2021 zeigt Berufswege auf

Am 22. April 2021 ist wieder [Girls'Day](#)! Unternehmen und Organisationen, die Schülerinnen Berufsalternativen jenseits der klassischen Rollenverteilung vorstellen möchten, können ihre Angebote ab sofort ins Netz stellen. Darauf weist der Deutsche Industrie- und Handelskammertag, Aktionspartner der Initiative, hin.

*Wir danken allen Lesern für Ihr aufmerksames Interesse an dem
VdS-Infoservice in den vergangenen zwölf Monaten.
Mit den besten Wünschen für einen fröhlichen Jahreswechsel und ein
erfolgreiches Jahr 2021.*

Die Redaktion